

BESCHLÜSSE UND ZUSAGEN

1.	<p>Einrichtung eines Smartphone-basierten Ersthelferalarmierungssystems im Landkreis Konstanz; Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN</p> <p><u>Beschluss (einstimmig):</u></p> <ol style="list-style-type: none">1. Der Einrichtung eines Smartphone-basierten Ersthelferalarmierungssystems im Landkreis Konstanz wird auf Basis des Angebots der First AED GmbH/Region der Lebensretter vom 19. Dezember 2023 unter der Maßgabe zugestimmt, dass die Rettungsdienst gGmbH Landkreis Konstanz die gesamte Administration, insbesondere die Systemverwaltung, Datenpflege und Betreuung der Ersthelferinnen und Ersthelfer übernimmt.2. Die Kosten für die im Jahr 2024 vorgesehene Implementierung des Systems in den Einsatzleitreechner der Integrierten Leitstelle sowie für die Jahreslizenz, Systemwartung/-aktualisierung, First-Level-Support etc. in Höhe von 50.270 EUR (brutto) werden aus Kreismitteln (THH 4; PG 12.60) finanziert.3. Die jährlichen Folgekosten (u.a. Jahreslizenz, Systemwartung/-aktualisierung, First-Level-Support etc.) in Höhe von 22.900 EUR (brutto) werden aus Kreismitteln finanziert und gemäß der Vertragslaufzeit für die Jahre 2025 und 2026 in den Kreishaushalt (THH 4; PG 12.60) eingeplant.4. Nach Ablauf der dreijährigen Vertragslaufzeit ist darüber zu entscheiden, ob die Verlängerungsoption für weitere Jahre in Anspruch genommen wird.
2.	<p>Basisgesundheitsbericht; Vorstellung des ersten Basisgesundheitsberichts des Landkreises Konstanz</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Entfällt.</p> <p><i>Hinweise:</i></p> <p><i>Kreisrat Küttner regt an, im Namen des Landkreises eine Initiative zur Nachverhandlung der Themen "medizinisches Versorgungszentrum light" und "Gesundheitskiosk" im Landkreistag zu starten.</i></p> <p><i>Der Vorsitzende sichert zu, hierzu stattdessen direkt einen Brief an Herrn Bundesgesundheitsminister Lauterbach zu schreiben. Auf Bitte von Kreisrat Röwer sichert der Vorsitzende zu, im Schreiben auch auf die nicht nachvollziehbare Bedarfsberechnung zum Thema medizinisches Versorgungszentrum einzugehen.</i></p> <p><i>Kreisrat Volz sichert zu, die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion ebenfalls zu diesem Thema anzuschreiben.</i></p>

3.	<p>Bericht der Ausländerbehörde zur Einbürgerung und den Konsequenzen des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes für die Arbeit der Behörde; Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN</p> <p><u>Beschluss:</u> Entfällt.</p> <p>Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.</p>
4.	<p>Sachstand Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten</p> <p><u>Beschluss:</u> Entfällt.</p> <p>Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.</p>
5.	<p>Umsetzung des Konzeptes „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ in den Not- und Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises Konstanz; Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN</p> <p><u>Beschluss:</u> Entfällt.</p> <p>Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.</p>
6.	<p>Bericht aus der Steuerungsgruppe Integration</p> <p><u>Beschluss:</u> Entfällt.</p> <p>Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.</p>
7.	<p>Vorstellung Bündnis für Vielfalt</p> <p><u>Beschluss:</u> Entfällt.</p> <p>Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Bericht zur Kenntnis.</p>
8.	<p>Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche</p>

<p>8.1.</p>	<p>Prüfung der Einführung einer Ehrenamtskarte im Landkreis Konstanz; Antrag Kreisjugendring</p> <p>Der Vorsitzende informiert darüber, dass der Kreisjugendring einen Antrag zur Prüfung der Einführung einer Ehrenamtskarte im Landkreis Konstanz gemäß den Modellkommunen seit 1. August 2023 in Baden-Württemberg für im Kreisjugendhilfeausschuss gestellt hat. Für dieses Thema ist der Sozialausschuss zuständig, in dem der Kreisjugendring jedoch nicht antragsberechtigt ist.</p> <p>Der Vorsitzende sichert jedoch zu, die Anregung zu prüfen.</p>
<p>8.2.</p>	<p>Veröffentlichung der Protokolle des Bereichsausschusses im Rettungsdienstbereich; Sachstand Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN</p> <p>Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat beantragt, dass das Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde den Bereichsausschuss der Rettungsdienste auffordern soll, den Bereichsplan und die Sitzungsprotokolle des Bereichsausschusses auf einer Homepage zu veröffentlichen. Bei diesem Bereich handelt sich somit um eine Aufgabe des Landratsamtes als untere staatliche Verwaltungsbehörde. Daher besteht keine Befassungskompetenz des Kreistags und seiner Ausschüsse.</p> <p>Die Verwaltung hat den Antrag bereits schriftlich beantwortet. Das Schreiben vom 4. April 2024 ging nachrichtlich auch an alle Fraktionen. Falls es Rückfragen gibt, steht das zuständige Fachamt zur Verfügung.</p>